

Pressemitteilung

20. Februar 2018



DEMOKRATESCH
PARTEI

DP: Für eine Offensive im öffentlichen Dienst

Die Demokratische Partei hat der repräsentativen Gewerkschaft im öffentlichen Dienst ihre Grundüberlegungen zu einer generellen Reform der Aus- und Weiterbildung im Beamtenwesen mitgeteilt. Dabei geht es um eine bessere Grundausbildung mit einer kürzeren Praktikums-Zeit („Stage“) und um eine regelmäßige, berufsbegleitende Weiterbildung.

Für die DP ist eine solche Reform unabdinglich und muss im Rahmen einer nächsten Verhandlungsrunde mit den Verantwortlichen der CGFP besprochen werden. Die Zielsetzungen dabei sind eine detaillierte Bestandsaufnahme sowie Lösungsvorschläge, um die berufliche Karriere im Staatsdienst attraktiver und abwechslungsreicher zu gestalten. Dies soll sicherstellen, dass der Mangel an Beamtennachwuchs in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Diensts behoben werden kann. Die Reform des Staatsdienstes der Vorgängerregierung hat sich in Teilen als kontraproduktiv erwiesen, vor allem im Bereich der Ausbildung und der Praktikumsdauer. Es fehlt in der Aus- und Weiterbildung an stellenspezifischen Lehrangeboten, die eine optimale Berufsvorbereitung ermöglichen.

Für die DP ist die Qualität des öffentlichen Dienstes wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Landes. Die öffentliche Verwaltung ist ein entscheidender Bestandteil des Erfolgsmodells Luxemburg, das auch in Zukunft muss auf kompetente, gut ausgebildete und motivierte Beamte zurückgreifen können. Im Rahmen der anstehenden Gehälterverhandlungen müssen daher Aspekte angesprochen werden, die über die reine Entlohnung hinausgehen.

Eine wesentlicher Reformvorschlag der DP sieht eine Reduzierung des Praktikums von jetzt drei auf ein Jahr vor. Das verkürzte Praktikum soll für eine persönliche, auf den Kandidaten abgestimmte, Ausbildung genutzt werden. Daraus werden nicht nur die Anwärter, sondern auch der Staatsapparat, die Bürger und die Wirtschaft Nutzen ziehen. Dabei sollen die in der Grundausbildung bereits erworbenen Kompetenzen stärker berücksichtigt werden. Weiterführende Kurse während des Praktikums müssen eine sinnvolle Ergänzung und eine Vorbereitung auf spezifische Arbeitsbereiche darstellen. Ein Beispiel aus der Praxis: Ein ausgebildeter Jurist mit französischem Diplom in EU-Recht benötigt für eine Karriere im Finanzministerium eher eine Zusatzausbildung in Finanzfragen und einen weiterführenden Englischkursus als einen Kursus über die Funktionsweise der EU-Institutionen.

148-150, bd de la Pétrusse
L-2330 Luxembourg

Tel. : 22 10 21
Fax : 22 10 13

dp@dp.lu
www.dp.lu

Für die DP setzt dies eine Reform des INAPs (Institut national d'administration publique) voraus. Das Bildungsangebot muss unbedingt erweitert und vertieft werden. Ausgehend vom Erfahrungsschatz des INAPs muss neben der Vermittlung von Schlüsselkompetenzen auch vermehrt auf Digitalkompetenzen für eine zunehmend digitalisierte Verwaltung gesetzt werden. Weiterbildungen sollen fester Bestandteil der Beamtenlaufbahn werden.

Abschließend schlägt die DP die Schaffung einer „Ecole d'Administration“ vor. Diese soll als weiterführende Schule - in enger Zusammenarbeit mit bestehenden Bildungseinrichtungen - potenzielle Beamtenanwärter auf ihre Karriere im öffentlichen Dienst vorbereiten. Zudem soll die Erweiterung des Studienangebots in Luxemburg durch ein Bachelorstudium geprüft werden. So werden Studieninhalte vermittelt, die auf die spezifischen Anforderungen im öffentlichen Dienst abgestimmt wären.

Anhang: Schreiben an die CGFP vom 19. Februar 2018.